

V0059/22

Projekt "Audi Südring"

hier: Grundsatzbeschluss zur weitergehenden Variantenuntersuchung unter Berücksichtigung der entsprechenden Genehmigungsverfahren zur Schaffung einer neuen leistungsfähigen Ost-West-Verbindung über die Bahnlinie zwischen Ettinger Straße und dem im Bau befindlichen "Schneller Weg"
(Referenten: Herr Hoffmann, Frau Preßlein-Lehle)

Stadtrat vom 24.02.2022

Herr Hoffmann führt aus, dass das Ziel dieses Projektes die Entlastung des Werksumfeldes von Audi sei. Die Verkehrstechnische Notwendigkeit sei bereits 2014 nach einer Prüfung vom Büro Gevas festgestellt worden. Insgesamt seien sechs Hauptvarianten untersucht worden, die dann skizziert und komprimiert wurden und am Ende in einer eigenen Bewertungsmatrix dargestellt. Es sei dann eine Süd-Varianten und eine Nord-Variante ausgearbeitet worden, wobei die Verwaltung die Süd-Variante für eine weitere Untersuchung bevorzuge. Es sei wichtig den Vorentwurf der Variantenuntersuchung voran zu bringen, daher soll auch die Verkehrstechnische Notwendigkeit noch einmal geprüft werden. Dem 2014 zugrunde gelegten Prognosehorizont sei das Jahr 2025 geplant gewesen, der neue Prognosehorizont sei jedoch das Jahr 2035. Herr Hoffmann zitiert aus der Vorlage: Nicht berücksichtigt werden konnten zum damaligen Zeitpunkt der AUDI-Bahnhalt und die coronabedingten Auswirkungen. Dies ist bei der Fortschreibung des Verkehrsgutachtens zu berücksichtigen. Um auch auf den Antrag der Grünen einzugehen, habe die Verwaltung beschlossen, die verkehrstechnische Notwendigkeit den jetzigen Gegebenheiten anzupassen und bei gegebener Zeit den Vorentwurf dem Stadtrat vorzulegen. Bezüglich der Unterbringung von Grün-Weiß erklärt Herr Hoffmann, dass bei Variante 1 eine Verlegung/Verschiebung des Sportplatzes FC Grün-Weiß inkl. Vereinsgebäude erforderlich sei und daher noch Gespräche mit dem Verein geführt werden müssen. Um den Fußballplatz in den Süden verschieben zu können, sei dann der Streifen mit den Bäumen und die freie Fläche zu nutzen und das Verbindungsstück zwischen Ost und West sei dann aus dem Straßennetz rauszunehmen. Doch dies sei auch ein Teil der Untersuchung die mit dem Grundsatzbeschluss freigegeben werde, so Herr Hoffmann.

Stadtrat Semle macht klar, dass es ihm um die Ernsthaftigkeit der Prüfung des Bedarfes gehe. Wenn die Prüfung für den Audi-Südring sinnvoll erscheine, dann wolle er auf den Antrag der Stadtratsfraktion die Grünen hinweisen, denn dort seien noch zwei andere Straßenprojekte genannt, die dann auch mit den gleichen Argumenten zu prüfen seien. Stadtrat Semle bittet darum, die Prüfungsergebnisse transparent darzustellen, denn eine gründliche Prüfung sei in diesem Fall sehr wichtig.

Stadtrat Mißbeck führt aus, dass er als damaliger Sportbürgermeister sich mit dem Thema Grün-Weis beschäftigt habe und nun froh sei, dass es eine Lösung gebe. Er halte es jedoch für sinnvoll, dass jemand von der Verwaltung in der kommenden Sitzung den Mitgliedern die Situation erkläre und diese es nicht über einen Zeitungsartikel erfahren sollen. Des Weiteren gebe es auch Diskussionen, dass die Manisa-Gemeinde einen Teil in dem Grün-Weis in Anspruch nehmen dürfe, um dort eine Turnhalle bauen zu dürfen. Grün-Weis habe dies akzeptiert, unter der Voraussetzung, dass die Turnhalle am Abend mitbenutzt werden könne.

Stadtrat Pauling ist der Meinung, dass die Aussagen von verschiedenen Parteien nicht zu den Handlungen passen würde. Er ist der Meinung, dass wenn man das Autofahren noch bequemer mache und man nicht mehr im Stau stehe, die Menschen nicht umdenken werden und die Verkehrswende und Nachhaltigkeit werde nicht erreicht, wenn in diesem Bereich weiterhin so viel Geld ausgegeben werde. Stadtrat Pauling betont, dass er nicht gegen das Auto sei, doch das Straßenbauprojekt solle nicht mit so viel Geld unterstützt werden, denn es sei wichtiger den ÖPNV und Fahrradwege zu fördern. Nicht nur ein Wandel hin zur Elektromobilität sei wichtig, sondern auch die allgemeine Verkehrsreduktion um 30 Prozent.

Stadtrat Köstler ist der Meinung, dass dieses Gebiet überplant werden müsse, denn es habe sich mittlerweile dort einiges geändert, daher sei zu überlegen, ob man ein Projekt Südgrenze Audi an der Stelle benötige. Ziel einer Überplanung soll seiner Meinung nach Klimaschutz, Verkehrswende und Verkehrsreduzierung sein. Wichtig sei auch zu überlegen, welche Gemeinbedarfsflächen an der Stelle für den Sportverein und die Gemeinde benötigt werden. Des Weiteren führt Stadtrat Semle aus, dass man eine Verkehrswende benötige und merkt an, dass z. B. Park and Ride aufgebaut werden müsse und auch ein zweiter Bahnhof Audi-Süd eine Möglichkeit sei oder auch ein Rad-Schnellweg um das Werk herum, denn somit sei es möglich, die 30 Mio. Euro für eine Verkehrswende auszugeben und nicht gegen eine Verkehrswende. Bezüglich der Verkehrsuntersuchung stellt er klar, dass er diese nicht möchte.

Stadtrat Ettinger ist der Meinung, dass es nicht gut für die Umwelt sei nichts zu tun und die Leute im Stau stehen zu lassen und man könne die Leute bezüglich der Verkehrsmittelnutzung nicht nach Belieben umerziehen. Er ist der Ansicht, dass die Notwendigkeit der Straße gegeben sei und auch der Grün-Weis sei an dieser Stelle ein sehr wichtiges Thema.

Stadtrat Dr. Meyer denkt, es sei falsch zu sagen, dass die Verkehrssituation Vorort nicht problematisch sei, denn dies sei die Grundlage für eine jahrelange Verkehrsplanung, Verkehrsprüfung und Verkehrssteuerung. Es gebe zwar einige Tendenzen, die in Richtung abmildernde Verkehrssteigerung gehe, da viele Leute im Homeoffice sein, dennoch entsprechen viele Aussagen des Stadtrates nicht der Realität. Stadtrat Dr. Meyer teilt die Meinung von Stadtrat Ettinger, dass die Leute nicht gezwungen werden können andere Verkehrsmittel zu nehmen. Verkehrswende bedeute nicht, die Mobilität insgesamt zurück zu drängen, sondern es müssen Alternativen geschaffen werden und entsprechende Förderungen stattfinden. Er ist der Ansicht, dass es falsch sei die jahrelange Verkehrsplanung nun unter den Teppich zu kehren und zu sagen man wolle das nicht. Stadtrat Dr. Meyer erachtet Herr Köstler als ehrlich in seiner ideologischen Grundsatzhaltung gegen das Auto, jedoch sei es nicht richtig zu sagen, Verkehrszählungen hätten keinen Wert für die faktenbasierte Planung der Stadt. Seiner Meinung nach sei es wichtig, zu schauen wo haben die Leute einen Bedarf von ihrer Verkehrsbelastung runter zu kommen und dementsprechend sei dann die Verkehrspolitik in Ingolstadt zu gestalten.

Stadtrat De Lapuente ist der Ansicht, dass sowohl die Autos als auch der ÖPNV seine Berechtigung habe. Ingolstadt habe einen großen Bedarf den ÖPNV zu stärken, um Menschen Buse und Bahn näher zu bringen und trotzdem sei eine anständige Straßenführung notwendig. Des Weiteren geht er auf das Thema Grün-Weis ein und führt aus, dass er die Lösung hervorragend finde, dass der Grün-Weis seine Spielstätte dort habe und deswegen werde er dieser Vorlage zustimmen.

Stadtrat Höbusch findet die Aussage von Stadtrat Dr. Meyer nicht in Ordnung, denn diese Aussage diskreditiere Menschen die an bestimmte Werte und Überzeugungen glauben. Er ist der Meinung, dass die Stauprobleme in Ingolstadt mal mit anderen Städten verglichen werden soll, denn dann sei zu sehen, dass das in Ingolstadt Luxusprobleme seien. In einer Großstadt wie Ingolstadt es sein möchte gehören Stau dazu und deshalb lehne die Stadtratsfraktion die Grünen die Vorlage ab.

Stadtrat Dr. Meyer erläutert, als es um die Parkplatz Diskussion gegangen sei, habe ein Kollege gesagt man müsse Rückgrat haben und das Auto aus der Stadt verdrängen, das bedeute wiederum wer nicht mitmacht habe kein Rückgrat, dies könne Stadtrat Dr. Meyer so nicht stehen lassen. Aus seiner Sicht sei Rückgrat für die Bedürfnisse, Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger. Ebenso sei es eine Tendenzaussage, wenn man Verkehrsprognosen nicht haben will, weil man an dem Ergebnis zweifle, denn das sei keine faktenbasierte Politik.

Stadtrat Schlagbauer findet, dass es anzuerkennen sei, dass ein direkter oder indirekter Großteil der Stadt vom Automobil lebe und dort auch der Wohlstand der Stadt begründet sei und dies sei zu akzeptieren und deshalb solle nicht ständig gegen das Automobil gekämpft werden. Eine weitere Prüfung bezüglich Homeoffice habe auch schon stattgefunden, doch die Mitarbeiter müssen weiterhin zur Audi fahren, denn dort arbeiten täglich 20.000 Menschen in drei Schichten die die Autos zusammenbauen und diese können nicht im Homeoffice sitzen. Dennoch sei die Entwicklung in dem Gebiet weiter fortzuführen, denn es gehe nicht nur um Audi, sondern auch um die mittelständischen Betriebe in der Roderstraße die den Süd-Ring genauso brauchen, um dort bessere Anbindung zu finden. Des Weiteren hebt Stadtrat Schlagbauer vor, dass Audi sehr viel in die Stadt Ingolstadt investiere.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf zeigt auf, dass nicht darum gehe die Verkehrswende zu machen und dann nur noch auf den ÖPNV und Fahrradverkehr zu achten und andererseits gehe es auch nicht nur um den Straßenbau, denn man könne das eine tun ohne das andere zu lassen. Er betont, dass man bei der Verkehrswende bereits stark sei, denn man habe einen enormen Schub im ÖPNV, der Fahrradverkehr werde ausgebaut, trotzdem könne der Straßenbau nicht einfach eingestellt werden, sondern da wo es notwendig sei bei Straßenbau weiter zu machen werde genau geprüft in welchem Ausmaß der Bau statfinde. Anhand einigen aktuellen Beispielen erläutert Oberbürgermeister Dr. Scharpf, wie dort bereits geprüft werde in welchem Ausmaß der Straßenbau nötig sei.

Stadträtin Klein ist überzeugt davon, dass Mobilität nicht beim Klimaschutz endet, sondern man sei nun gefordert Mobilität an der ein oder anderen Stelle neu zu denken und zu es sei zu überlegen, wie Mobilität in der Zukunft funktionieren werde, ohne einzuschränken. Daher sei es nicht richtig Neubauten und Maßnahmen auszuschließen. Ebenso ist Stadträtin Klein der Meinung, dass der Straßenbau auch Hilfe zur Beschleunigung der Verkehrswende sein könne, denn wo es direkte, kürzere und schnellere Verbindungen gebe, werde auch das Fahrrad und der ÖPNV attraktiver.

Stadtrat Dr. Schuhmann geht davon aus, dass die Audi-Werkstätten nicht geringer werden, sondern was die Arbeitnehmer angeht im gleichen Bereich bleiben werde. Seit Jahren gebe es ein Problem eine vernünftige Lösung zu finden und daher sei bei dieser Variante besonders gut, dass auch das Problem Grün-Weis und auch das Problem der Islamischen Gemeinde die den Grünstreifen wollen, um dort eine Turnhalle zu bauen, die dann wiederum der Grün-Weis mitnutzen könne. Daher könne man zu dieser Lösung nur ja sagen, so Stadtrat Dr. Schuhmann. Dennoch sei es wichtig die Mobilität zu verbessern, um den individualen Verkehr zu verringern, doch heute gehe es darum eine weitergehende Variantenuntersuchung voranzutreiben.

Stadtrat Mittermeier schildert, dass in den letzten 10 Jahren versucht worden sei eine Lösung zu finden, die für die Stadt, den Grün-Weis und die Audi passe. Er denkt, dass es nun die besten Ansätze habe zu einer Lösung zu kommen, denn viele wissen nicht wie wichtig diese Entscheidung für die Menschen in diesem Ortsteil, in der Audi und für diejenigen die durch den Ortsteil fahren sei.

Stadtrat Pauling stellt klar, dass Klimaforschung keine Ideologie sei, sondern Wissenschaft. Weltweit seien Städte bereits auf dem weg ihre Verkehrspolitik zu ändern und daher sei es nicht hilfreich, wenn man um die Audi herum eine Traumwelt aufbaue und die Realität jedoch

eine andere sei. Es sei wichtig zu spüren, dass sich die Politik ändere und sich auch die Produktpalette entsprechend ändere, sodass auch in Zukunft noch Arbeitsplätze vorhanden sein werden und der Konzern nicht untergehe durch die Verkehrswende. An Stadtrat Dr. Meyer gerichtet führt er aus, dass die Zielsetzung aus einer wissenschaftlichen Analyse gemacht worden sei und eine Planung müsse auf Zielen basieren, jedoch erreiche man diese Ziele nicht, wenn solche Planungen weiter vorangetrieben werden. Des Weiteren merkt Stadtrat Pauling an, dass man kein Rückgrat brauche um Autos aus der Stadt zu verdrängen, sondern man brauche Rückgrat um den Bürgerinnen und Bürgern mitteilen zu können dass diese Art von Verkehr auf Dauer nicht mehr subventioniert werden könne. Ebenso sei es nicht richtig diese Vorhaben mit öffentlichen Geldern zu unterstützen, denn wenn man in den nächsten 10 Jahren 30 Mio. Euro für den ÖPNV benötige werde bei der nächsten Haushaltsdebatte gesagt dass man sich das nicht leisten könne, denn diese 30 Mio. Euro seien dann für die Straßen verbraucht.

Stadtrat Köstler ist überzeugt davon, dass eine Straße die nicht gebaut werde keine Einschränkung sei. Jedoch sei es wichtig um nicht stehen zu bleiben, dass ÖPNV, Fahrrad und Bahn gefördert werden. Des Weiteren geht Stadtrat Köstler auf das Thema Stau in Ingolstadt ein, denn er ist der Meinung, dass es in Ingolstadt außer in den Stoßzeiten keine richtig großen Staus gebe. Bezüglich der Prognosen führt er aus, dass er auf die Prognosen nicht verzichten wolle, da er sofort dagegen arbeiten möchte und nicht erst wenn die Zahlen vorhanden seien, denn es sei sowie etwas anderes zu tun um den Klimawandel zu schaffen.

Bürgermeisterin Kleine bezweifelt, ob das Wort Ideologie anhand aktuell vorliegender Anträge das Richtige sei. Der Stadtrat soll beschließen, so Stadtratsanträge, für 2040 bzw. 2035 klimaneutral zu werden.

Die Verkehrsleistungen, die durch die motorisierten Verkehre abgewickelt werden müssten dafür deutlich sinken. Entweder durch Verkehrsvermeidung, andere Organisation, Homeoffice aber auch durch Verlagerung zum Fuß, Rad oder öffentlicher Verkehr. Dies seien die Voraussetzungen, um das Klimaziel 2040/2035 erreichen zu können. Die Frage sei nun, wie man die Menschen in der Stadt dazu bringe gerne ihr Verhalten zu ändern. Bürgermeisterin Kleine denkt es sei wichtig Angebote zu schaffen, denn wer Straßen baue werde Verkehr ernten, doch genauso gelte der Satz wer Radwege baut werde Radverkehr ernten. Sie ist der Meinung, wenn das Klimaziel 2040 oder 2035 erreicht werden soll, dann sei es wichtig jedes Verkehrsprojekt und jede Planung nicht nur aus der Situation bezüglich der Straßen zu betrachten, sondern auch wie der Verkehr anders entwickelt werden müsse, um das Klimaziel erreichen zu können. Deshalb begrüße Bürgermeisterin Kleine die Vorschläge die in der Vorlage aufgenommen werden.

Stadtrat Rehm teilt die Meinung von Stadtrat Schlagbauer, denn es sei auch wichtig zu erkennen wem man den Wohlstand in Ingolstadt zu verdanken habe. Zu dem Antrag der Verwaltung führt Stadtrat Rehm aus, dass er diesen unideologisch und pragmatisch sehe und erfreulich sei, dass die Mehrheit dafür ersichtlich sei.

Stadtrat Stachel ist der Ansicht, dass eine Entscheidung über eine Planung im Bereich des Audi-Südringes eine weitreichende Entscheidung sei, die man unter dem Gesichtspunkt treffen müssen, was wolle man sowohl für Firmen, für den Arbeitgeber Audi aber auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt in der Zukunft. Die Menschen in der Stadt erwarten Antworten auf Fragen wie es mit dem Verkehr langfristig, mittelfristig und kurzfristig weiter gehe und die Antwort könne nicht immer das Klimaziel 2040 sein. Ebenso ist Stadtrat Stachel der Meinung, dass die Untersuchung wichtig sei, um Zahlen und Fakten für Antworten und Entscheidungen zu haben.

Stadträtin Klein ist der Meinung, dass es wichtig sei, eine Grundsatzdiskussion zu führen, welche Maßnahmen in welchen Bereichen zu erzielen seien. Daher halte sie eine Sondersitzung zu diesem Thema für sinnvoll, um eine Einigkeit zu bekommen wo die Reise hingehen soll. Stadträtin Klein regt an, in die Diskussion einzusteigen und zu hinterfragen,

was müsse man als Kommune tun damit das Klimaziel erreicht werden kann. Dann können man sich auch darüber austauschen, welche Interessen berücksichtigt werden sein, um dann einen entsprechenden Fahrplan erstellen zu können nach dem man sich richten kann.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf vermutet, dass sich immer erst im konkreten Einzelfall zeigen werde, wo die Reise hingehge und es immer eine Diskussion geben werde.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass man als Kommune ca. 20 Prozent direkt Einfluss habe, um die Klimaziele erreichen zu können, denn 80 Prozent der Klimaziele seien von anderen Akteuren abhängig. Es sei eine gesellschaftliche Aufgabe die Klimaziele zu erreichen. Bürgermeisterin Kleine weist darauf hin, dass bei jeder Maßnahme in den verschiedenen Teilbereichen auch das Klimaziel im Hinterkopf behalten werden müsse. Durch die Verkehrsuntersuchung sei es möglich die Projekte von verschiedenen Seiten betrachten zu können und einzelne Maßnahmen werden im Hinblick auf das Ziel kritisch hinterfragt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass sie sehr froh über die Vorlage sei, denn sie leiste drei verschiedene Sachen. Erstens bekomme man durch die Verkehrsuntersuchung mehr Klarheit über die Grundlagen. Zweitens werde nun unter der Vielzahl der Trassen so reduziert, dass eine Trasse als weiter zur Untersuchung festgeschrieben werde. Drittens, man habe nun eine Perspektive für den FC Grün-Weis gefunden, während noch vor einem Jahr alle möglichen Grundstücke im Norden der Stadt beleuchtet wurden, doch nun sei klar, dass der Verein dortbleiben könne. Gerne nehme sie auch die Anregung von Herrn Altbürgermeister Mißbeck auf, dass zeitnah Gespräche mit dem Verein geführt werden.

So dann ergeht folgender Beschluss:

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

1. Der Sachstandsbericht zum Projekt Audi Südring wird zur Kenntnis genommen.

Gegen 11 Stimmen:

2. Für die Fortführung der Planung bis zum Abschluss der Entwurfsplanung zur Schaffung einer neuen leistungsfähigen Ost-West-Verbindung über die Bahnlinie zwischen der Ettinger Straße im Westen und dem Schneller Weg im Osten und damit auch der Entlastung der im Umfeld liegenden Straßen und Knotenpunkte wird hiermit der Grundsatzbeschluss erteilt.

Gegen 12 Stimmen:

3. Es wird zugestimmt, die Planung auf der Westseite der Bahnlinie mit der Variante 1 (Südvariante) und östlich der Bahnlinie mit den Varianten 1 (Südvariante) sowie 6 (Nordvariante) weiter zu verfolgen und auf Basis der fortgeschriebenen Verkehrsuntersuchung das notwendige Bebauungsplanverfahren zu starten.

Gegen 9 Stimmen:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrsuntersuchung für diese Varianten fortzuschreiben.

Gegen 11 Stimmen:

5. Die notwendigen Haushaltsmittel für das Jahr 2023 werden auf der Haushaltsstelle 650000.950012 bereitgestellt.